



16. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur - Videokonferenz

Gremium: Ausschuss für Kultur
Sitzungstermin: Donnerstag, 27.05.2021, 17:30 Uhr
Ort, Raum: Raum 0.090, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam
Link zur Videokonferenz: <https://rathaus-potsdam.webex.com/rathaus-potsdam/j.php?MTID=m28cdfb4e250acc6b2f7d7366cd303af1>

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.03.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Straßenbenennungen / Straßennamenpool

- 3.1 Straßenbenennung nach Bogislav von Bonin

- 3.2 Aufnahme von Emilie Winkelmann in den Straßennamenpool Potsdam
21/SVV/0346 Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis90/Die Grünen

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Weiterentwicklung des Konzepts zur Erinnerungskultur
21/SVV/0450 Fraktion CDU

- 4.2 Maßnahmen für eine bessere Sichtbarkeit antifaschistischen Gedenkens
21/SVV/0411 Fraktionen DIE aNDERE, DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

- 5 Mitteilungen der Verwaltung

- 5.1 Zwischenbericht - Plattform zur Abstimmung
von Veranstaltungsterminen in Potsdam
21/SVV/0486 Oberbürgermeister, GB Bildung,
Kultur, Jugend und Sport

- 5.2 Berichterstattung gemäß Beschluss
20/SVV/0512 "Ein Depot für das Potsdam
Museum"

- 5.3 Sachstand Kino Charlott

- 5.4 Berichterstattung Sachstand KreativQuartier

- 5.5 Gremium Erinnerungskultur

- 6 Sonstiges



Niederschrift 15. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur - Videokonferenz

Sitzungstermin:	Donnerstag, 25.03.2021
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr
Ort, Raum:	Raum 0.090, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Carsten Linke DIE aNDERE

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sarah Zalfen	SPD	
Herr Nico Marquardt	SPD	
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für: Frau Janny Armbruster Bündnis 90/Die Grünen Bis 19:12 Uhr
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Anna Lüdcke	CDU	

sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Klaus-Rainer Dallwig	CDU
Frau Beate Goreczko	Die aNDERE
Herr Yann Eric Hohdorf	Freie Demokraten
Herr Frank Reich	SPD
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Geschäftsbereich 2

Vertreter der Beiräte

Herr Peter Mundt	DIE LINKE
Herr Thomas Zander	Beirat für Menschen mit Behinderungen

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Oliver Stiffel	AfD	nicht entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Roman Kuffert	AfD	nicht entschuldigt
Herr Christian Wendland	Bürgerbündnis	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Bettina Schmidt Fachbereich Kultur und Museum

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.02.2021 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Kulturpolitische Forderungen von #KulturMachtPotsdam
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Glockenspiel
Vorlage: 20/SVV/0859
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
Wiedervorlage
 - 4.2 Skulptur Quo Vadis des Künstlers David Cerny
Vorlage: 21/SVV/0087
Einreicher: Fraktion CDU
 - 4.3 Untersuchung Potsdamer Glockenspiel
Vorlage: 21/SVV/0352
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1 Projektförderung 2021
 - 5.2 Zwischenstand Zuwendungen Einrichtungen 2021
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Linke eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.02.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Linke stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung des Gremiums fest. Er informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass der in der letzten Sitzung gefasste Grundsatzbeschluss den Ausschuss erneut zur Durchführung einer Videokonferenzsitzung ermächtigt.

Auf die Nachfrage, ob es Einwände gegen die Niederschrift der Sitzung vom 11.02.2021 gebe, gibt es keine Wortmeldung. In Bezug auf die Tagesordnung schlägt Herr Linke vor, die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.3 gemeinsam zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Des Weiteren informiert Herr Linke über die eingereichten Anträge auf Rederecht. So liegt für den TOP 4.3 ein Antrag auf Rederecht von Herrn Prof. Oswald vor. Zu dem Tagesordnungspunkt 5.2 hat Herr Hueck einen Antrag auf Rederecht gestellt. Herr Linke ruft anschließend jedes stimmberechtigte Ausschussmitglied auf und bittet um Abstimmung der Niederschrift, der Tagesordnung und der eingereichten Rederechte.

Die Niederschrift wird einstimmig **bestätigt**.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Den Anträgen auf Rederecht wird einstimmig **zugestimmt**.

zu 3 Kulturpolitische Forderungen von #KulturMachtPotsdam

Herr Linke begrüßt zu dem Tagesordnungspunkt Frau Anja Engel (Kulturmanagerin Kunst- und Kreativhaus Rechenzentrum) und Herrn Alexander Hollensteiner (Geschäftsführer Kammerakademie Potsdam) als Vertreter des Netzwerkes #KulturMachtPotsdam.

Frau Engel geht auf die Entstehung des Netzwerkes im Jahr 2020 und das eingereichte Forderungspapier ein. Diese wären mittel- bis langfristig angelegt. In Ergänzung zu den 9 Forderungen, teilt Frau Engel mit, dass sich die Akteure des Netzwerkes zukünftig zudem sichere Öffnungs-Szenarien, vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wünschen und bittet gleichzeitig darum, dass die Stadt Räume für die Kultur zur Verfügung stelle.

Herr Hollensteiner fügt hinzu, dass die Forderungen den Prozess innerhalb des Netzwerkes widerspiegeln und geht dabei auf konkrete Forderungen ein.

Frau Hünecke informiert darüber, dass sie um Aufnahme des Tagesordnungspunktes bat, insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden

Haushaltsdiskussionen. Sie begrüße das Grundlagenpapier. Einige Forderungen wurden immer mal wieder thematisiert. Die Umsetzung der Forderungen würde aus Ihrer Sicht einige Zeit in Anspruch nehmen. Zudem müssten ggf. einige Forderungen überdacht werden. So zum Beispiel bei der gewünschten Einbeziehung von Vertretern*innen des Kulturbereiches in relevante Gremien der Stadt Potsdam. Dahingehend wäre evtl. der Bauausschuss sinnvoller als der zunächst im Forderungspapier erwähnte Hauptausschuss.

Herr Linke regt an, die Einbindung der Kulturakteure ggf. über eine gemeinsame Antragstellung der Fraktionen zu realisieren.

Herr Zander lobt den zurückliegenden Aktionstag des Netzwerkes am 13.03.21. Die Angebote waren barrierefrei, was er sehr begrüße. Zukünftig müsste man auch Inklusion und Diversität berücksichtigen.

Herr Reich begrüßt ebenfalls das vorliegende Papier. In der Vergangenheit waren viele Forderungen bereits Bestandteil von Festlegungen und Beschlüssen. Im nächsten Schritt müssten Umsetzungsstrategien entwickelt werden.

Frau Aube bedankt sich für das Einbringen der Forderungen des Netzwerkes. Sie habe den Prozess des Netzwerkes begleitet und könne diesen als positiv und fruchtbar bewerten. Die erlangten Erkenntnisse und vorliegenden Forderungen würden in einem nächsten Schritt ausgewertet. Nach der Sommerpause würden qualitative und quantitative Maßnahmen vorgestellt. Fraglich sei, wie die Stadt das Netzwerk in 2021 weiterhin unterstützen könne.

Herr Fröhlich hebt die Vielfalt des Aktionstages am 13.03.21 hervor und lobt die Umsetzung des Tages. Aus seiner Sicht wäre es sinnvoll, die Workshop-Formate auch für andere Fachausschüsse zu öffnen.

Herr Linke bedankt sich bei Frau Engel und Herrn Hollensteiner für die Präsentation und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Glockenspiel

Vorlage: 20/SVV/0859

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
Wiedervorlage

Herr Linke begrüßt Herrn Juhnke, assoziierter Wissenschaftler am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), welcher das Gutachten zur Untersuchung des Potsdamer Glockenspiels verfasst hat und übergibt ihm das Wort.

Herr Juhnke bedankt sich zunächst bei allen, die bei der Erarbeitung des Gutachtens mitgewirkt haben. Er macht deutlich, dass er im Rahmen des Gutachtens keine Bewertung und keine politische Meinung vertritt. Im Vordergrund stehe eine Historisierung und Empfehlung im Umgang mit dem Glockenspiel. Herr Juhnke geht auf den Aufbau des Gutachtens ein und stellt anhand einer Power Point Präsentation den historischen Werdegang des

Glockenspiels dar.

Herr Prof. Oswald, Architektur-Professor an der Universität Kassel, nimmt Bezug auf die damaligen Spender und Kooperationspartner des Projektes sowie auf die Glockeninschriften.

Frau Aibel bedankt sich bei Herr Juhnke für das gut ausgearbeitete Gutachten, welches die historische Kontextualisierung sehr gut darstelle.

Herr Linke nimmt Bezug auf das Jahr 1991, in dem durch die Stadtpolitik viele Beschlüsse zu Gunsten der Rekultivierung der Preußenkultur erfolgten. Er nimmt Bezug auf den seitens der Fraktion DIE aNDERE eingereichten Änderungsantrag und spricht sich gegen das Einschmelzen der Glocken aus und für den Erhalt zumindest einzelner Glocken. Das Ständerwerk könnte zukünftig als Klettergerüst umfunktioniert werden.

Herr Dr. Scharfenberg lobt das vorliegende Gutachten und erinnert sich, dass der damaligen Aufstellung des Glockenspiels kaum öffentliche Resonanz zu Teil wurde. Erst im Rahmen der Diskussion zum Wiederaufbau der Garnisonkirche, erfolgte eine öffentliche Debatte. Aus seiner Sicht stelle die Garnisonkirche in erster Linie ein Ort der Auseinandersetzung mit der Geschichte dar. Das Glockenspiel hingegen wäre nicht erhaltenswert.

Frau Hünecke schließt sich dem an. Die Geschichte müsse dort verarbeitet werden, wo sie auch entstanden ist. Eine Thematisierung im Kontext der Umgestaltung der Plantage wäre aus ihrer Sicht sinnvoll. Sie spricht sich dafür aus, eine Entscheidung dahingehend zu vertagen. Zudem spricht sie sich dafür aus, dass die Namen der Spender bekannt gegeben werden.

Herr Reich spricht sich gegen eine angesprochene mögliche Lagerung im Depot des Potsdam Museums aus. Dafür wäre ein funktionierendes Depot von Nöten. Daran werde erst noch gearbeitet.

Herr Dallwig bezeichnet das Glockenspiel als Musikinstrument. Man können die Glocken nicht nur auf ihre Innenschriften reduzieren. Aus seiner Sicht dürften die Glocken nicht eingeschmolzen oder das Glockenspiel auseinandergenommen werden. Zielführend wäre die Umgestaltung zu einem Lernort.

Frau Goreczko spricht sich für ein Moratorium aus, um genügend Zeit für Diskussionen zu lassen.

Frau Dr. Seemann informiert über die geplante Onlineveranstaltung zum Glockenspiel am 14.04.2021. Eine Information zur Möglichkeit der Teilnahme würde erfolgen.

Herr Linke schlägt vor, dass der Antrag zum Glockenspiel nebst Änderungsantrag entweder abgestimmt oder zurückgezogen wird. Die eingereichte Mitteilungsvorlage zum Gutachten würde zur Kenntnis genommen werden.

Herr Dr. Scharfenberg und Frau Hünecke hingegen sprechen sich dafür aus, den Antrag zurückzustellen.

Herr Linke empfiehlt in dem Fall, einen konkreten Termin zur Wiedervorlage zu benennen.

Es besteht Einigkeit darüber, den Antrag bis zum Abschluss der zweiten Stufe des Prozesses zum Standort Garnisonkirche/Rechenzentrum zurückzustellen. Dies wäre voraussichtlich im Herbst 2021.

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

zu 4.2 **Skulptur Quo Vadis des Künstlers David Cerny**

Vorlage: 21/SVV/0087

Einreicher: Fraktion CDU

Frau Lüdcke bringt den Antrag der Fraktion CDU ein und betont, dass es Ziel des Antrags sei, einen Kontakt zum Eigentümer herzustellen und in Verhandlung bzgl. einer möglichen Präsentation der Skulptur zu treten.

Frau Aubel erwidert, dass nicht nur die Ankaufsumme nicht im Verhältnis zur derzeitigen Situation stehe, sondern, dass auch der Beirat für Kunst im öffentlichen Raum keine Verbindung zwischen Stadt und Skulptur sehe und auch keine potentiellen Flächen zur Verfügung stünden.

Herr Linke stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Künstler und Eigentümer der Skulptur „Quo Vadis“ des tschechischen David Cerny in Verhandlung zu treten und Möglichkeiten des Ankaufs, Modalitäten einer Dauerleihgabe oder Formen der Spendenfinanzierung zu finden mit dem Ziel, die Skulptur dauerhaft für den öffentlichen Raum nach Potsdam zu holen.

Parallel sollen mögliche öffentliche Plätze in Potsdam zum Aufstellen der Skulptur geprüft werden. Den Stadtverordneten soll bis März 2021 über den Vorgang berichtet werden.

Über den Umgang mit der Skulptur bis zum Abschluss eines möglichen Vertrages soll mit dem Künstler ebenfalls so schnell wie möglich Gespräche aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	6
Stimmenthaltung:	0

zu 4.3 Untersuchung Potsdamer Glockenspiel

Vorlage: 21/SVV/0352

Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport
Siehe Tagesordnungspunkt 4.1

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Projektförderung 2021

Frau Dr. Seemann bedankt sich zunächst bei der Jury für ihr ehrenamtliches Engagement. Seitens der Jury wurde eine Empfehlung zur Förderung von Projekten vorgelegt. Leider kann zur heutigen Sitzung kein Vertreter der Jury anwesend sein, weshalb Frau Dr. Seemann die Juryempfehlung vorstellt. Insgesamt wurden 56 Anträge eingereicht, davon wurden 37 Projekte für eine Förderung vorgeschlagen. Insgesamt steht für das erste Halbjahr ein Budget in Höhe von 175.900,00 € zur Verfügung. Bedacht wurden verschiedenste Genres von der Bildenden Kunst, über Kulturelle Bildung bis hin zur Musik. In diesem Jahr können auch im zweiten Halbjahr Anträge auf Förderung kultureller Projekte eingereicht werden. Antragschluss ist der 30.04.2021.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Förderempfehlung der Jury zustimmend zur Kenntnis.

zu 5.2 Zwischenstand Zuwendungen Einrichtungen 2021

Herr Linke übergibt Herrn Hueck (Geschäftsführer Theater Poetenpack) das Wort.

Herr Hueck stellt anhand einer Power Point Präsentation die räumliche Situation des Theaters dar. Bis zum Jahr 2019 konnten die Räumlichkeiten im ehemaligen Yachthafen genutzt werden. Mit dessen Abriss, wurde für Proben und Aufführungen die Zimmerbühne in der Lennéstraße angemietet. Die Kosten für die Miete übersteigen jedoch die finanziellen Möglichkeiten des Theaters. Aus diesem Grund habe das Theater Poetenpack für das Jahr 2021 bei der Stadt Potsdam einen Antrag auf Förderung in Höhe von 150.000,00 € gestellt.

Herr Hueck bitte die Stadtpolitik dahingehend um Unterstützung.

Frau Dr. Seemann nimmt Bezug auf die anhaltende Pandemie und die Tatsache, dass die Kultureinrichtungen nach wie vor geschlossen seien. Aufgrund der Ungewissheit würden sich die Finanzierungspläne stetig ändern. Aus diesem Grund könne die Verwaltung zur heutigen Sitzung keine verlässlichen Zahlen für die Förderungen mitteilen. Man habe sich darauf verständigt, dass die Einrichtungen vorläufige Zuwendungsbescheide auf Basis des Vorjahres erhalten. Sobald die Rahmenbedingungen eingeschätzt werden können, könne ggf. eine konkrete Aussage getroffen werden.

Herr Linke bittet um Ausreichung der Liste der vorläufigen Zuwendungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 6 Sonstiges

Frau Dr. Seemann nimmt Bezug auf den Beschluss 21/SVV/0214 „Stadt als Bühne – mit Open-Air Bespielung Kulturerlebnisse sicher ermöglichen“. Die Umsetzung des Beschlusses wäre in Arbeit. So wurde bereits eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe gegründet. Die Thematik wurde zudem an verschiedenste kulturelle Institutionen und Akteure herangetragen. Ein möglicher Umsetzungsort für eine Open-Air Bespielung wäre die Schiffbauergasse. Jedoch wäre noch eine Projektausschreibung, voraussichtlich Ende April geplant. Dies ermögliche die Bewerbung zur Umsetzung auch an anderen Orten.

Frau Aabel teilt mit, dass die Bürgerstiftung den Zuschlag zur Betreibung der Inselbühne auf der Freundschaftsinsel erhalten habe.

Carsten Linke
Ausschussvorsitzender

Bettina Schmidt
Schriftführerin

Ausschuss für Kultur
der Stadtverordnetenversammlung
über 24

Straßenbenennung nach Bogislav von Bonin

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Kultur,

zu dem Antrag auf Straßenbenennung nach Bogislav von Bonin (1908 – 1980) wird mitgeteilt, dass seitens der Verwaltung Bedenken gegen die Benennung einer Straße nach von Bonin bestehen, welche konkret im Zusammenhang mit dem Straßennamenpool stehen wie auch den konkreten Zusammenhang von Bonins zu Potsdam betreffen.

So befinden sich aktuell 77 potenzielle Straßennamenvorschläge im Straßennamenpool, welche absehbar nie alle Verwendung finden werden können, da es schlicht an der benötigten Zahl an Straßen mangelt, welche noch benannt werden können. Zudem handelt es sich mit von Bonin um einen weiteren Offizier des Widerstandes, von denen es im Straßennamenpool bereits 23 weitere Personen gibt und deren Verwendung langfristig aus o.g. Gründen (dem Mangel an Straßen) nicht möglich ist. Des Weiteren kann dem Lebenslauf von Bonins keine im Zusammenhang mit Potsdam stehende Leistung entnommen werden, von Bonin ist lediglich in Potsdam geboren. Dem gegenüber stehen jedoch diverse andere Offiziere des Widerstandes im Straßennamenpool, deren Leistungen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus von größerer Bedeutung waren und zudem auch einen direkten Zusammenhang mit Potsdam aufweisen.

Auf Grund der hohen Anzahl von Straßennamen im Straßennamenpool sowie darin umfangreich vertretenen Offiziere des Widerstandes sowie der abgesehen vom Geburtsort Potsdam nicht erkennbaren Leistungen für oder in Potsdam selbst wird seitens der Verwaltung empfohlen, den Vorschlag auf Straßenbenennung nach Bogislav von Bonin abzulehnen.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Loyal-Wieck von meinem zuständigen Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Rubelt
Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt

TOP 3-1

D - 81673 München
Telefon
Telefax

München, 06.02.2018

Landeshauptstadt Potsdam
zu Händen Herrn Oberbürgermeister Jann Jakobs
Friedrich-Ebert-Straße 79
14469 Potsdam

5622 – 4053 – 16 – 711801

Straßenbezeichnungen in Potsdam

Sehr geehrter Herr Jakobs,

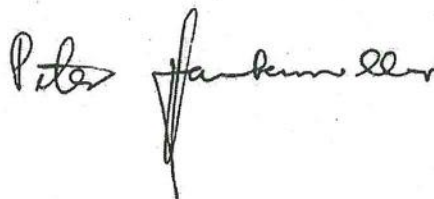
ich wende mich deshalb persönlich an Sie, da ich zum einen über die genaue Geschäftsverteilung der Stadtverwaltung nicht informiert bin und zum anderen mein Anliegen von größerer Tragweite ist.

Bei meinen Besuchen im Südtiroler Pustertal, in der Gemeinde Niederdorf, hat mich nachdenklich gestimmt, dass dort im April 1945 eine deutsche Heeresseinheit prominente Häftlinge des Nazi-Regimes aus den Händen der SS befreit hat. Diese Aktion, unter Lebensgefahr veranlasst durch einen Funkspruch des ebenfalls inhaftierten Obersten im Generalstab **Bogislaw von Bonin**, ist bis heute in der dortigen Bevölkerung unvergessen. Insbesondere der Mut, die Entschlossenheit und die ethische Einstellung Bogislaw von Bonins sowie die Tatkraft des Kommandeurs der erwähnten Heeresseinheit Hauptmann Wichard von Alvensleben ragen heraus. Eine Dauerausstellung im Hotel Pragser Wildsee ist dem Thema gewidmet.

Bogislaw von Bonin ist in Potsdam geboren und hat dort einen erheblichen Teil seines Lebens verbracht. Ich rege an, zumindest eine Straße in Potsdam nach ihm zu benennen. Die Einzelheiten seines Wirkens können mehreren Google-Einträgen, insbesondere verschiedenen Wikipedia-Artikeln mit weiteren Nachweisen, entnommen werden.

Über eine positive Resonanz würde ich mich freuen.

Mit freundlichen Grüßen



24 - Fachbereich Kultur und Museum
501 - Verwaltungs- und Managemententwicklung

An die Mitglieder des Ausschusses für Kultur

Berichterstattung gemäß Beschluss 20/SVV/0512 "Ein Depot für das Potsdam Museum"

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Kultur,

mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 04.11.2020 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, die Option eines gesonderten Depots für das Potsdam-Museum (und ggf. die Untere Denkmalschutzbehörde) zu prüfen. Dabei sollte ermittelt werden, ob und wie die bauliche Realisierung gegenüber einer Zentraldepotlösung beschleunigt und gleiche oder günstigere Finanzierungsbedingungen erreicht werden können. Die Ergebnisse sollen ins Verhältnis der vier Varianten der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für das Zentraldepot am derzeit geplanten Standort Schiffbauversuchsanstalt gesetzt werden. Als ein möglicher Standort soll das Grundstück der EWP am östlichen Ende des Stadtkanals geprüft werden. Dem Ausschuss für Kultur ist zu berichten.

In der folgenden Übersicht werden die vier Varianten der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für das Zentraldepot dem Grundstück der EWP am östlichen Ende des Stadtkanals gegenüber gestellt.

Es ist bei der Betrachtung jedoch zu beachten, dass die seinerzeit durchgeführte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durch ein externes Architekturbüro und einen Steuerberater durchgeführt wurde. Die Durchführung des Projektes nahm fast zwei Jahre in Anspruch (Ausschreibung und Durchführung) und umfasst Gesamtausgaben von über 118.000€. Für eine mögliche Umsetzung wurden nicht nur verschiedene Varianten betrachtet, sondern auch verschiedene Standorte geprüft. Eine vergleichbare Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für ein gesondertes Depot für das Potsdam Museum kann an dieser Stelle nicht gewährleistet werden, auch vor dem Hintergrund der damit verbundenen finanziellen Aufwendungen für die Landeshauptstadt Potsdam. Dennoch soll die Übersicht einen Überblick der vorliegenden Eckdaten und Sachlage darstellen, um eine Gesamtübersicht zu erhalten:

	Variante 1	Variante 2	Variante 3	Variante 4	Variante 5
	<i>Archiv- und Depotneubau durch einen Dritten und Anmietung durch LHP/KIS</i>	<i>Neubau durch den KIS auf geeignetem Grundstück (Vorzugsvariante: Standort Schiffbauversuchsanstalt)</i>	<i>Sanierung und Ergänzungsbau im Gebäudebestand der LHP</i>	<i>Moduldepot -->Neubau in Teilabschnitten durch den KIS auf geeignetem Grundstück (entspricht Variante 2, jedoch in abschnittsweiser, modularen Bauweise)</i>	<i>Grundstück EWP am Kanal</i>
Investitionskosten nach DIN 276	26.300.000,00 €	26.710.000 €	26.380.000 €	28.820.000 €	Investitionswert nicht ermittelbar
Summe Betriebskosten p.a. nach DIN 18960	289.346 €	289.346 €	347.244 €	303.770 €	Betriebskosten nicht ermittelbar
Summe Instandsetzungskosten p.a. nach DIN 18960	75.521 €	75.521 €	90.632 €	79.285 €	Instandsetzungskosten nicht ermittelbar
Nutzer	36 % pflichtige Aufgaben 64 % freiwillige Aufgaben	36 % pflichtige Aufgaben 64 % freiwillige Aufgaben	36 % pflichtige Aufgaben 64 % freiwillige Aufgaben	36 % pflichtige Aufgaben 64 % freiwillige Aufgaben	100 % freiwillige Aufgaben
Voraussetzungen für Umsetzung		- Grundstück erwerben - B-Plan	Notwendige An- und Umbauten an und in bestehenden, denkmalgeschützten Gebäuden benötigen baurechtliche und denkmalrechtliche Genehmigungen.	- Grundstück erwerben - B-Plan - zunächst Fremdanmietung für das Potsdam Museum und Naturkundmuseum Potsdam	- Grundstück erwerben von E.on Edis und Energie und Wasser Potsdam - Hierzu ist keine Bereitschaft erkennbar - B-Plan-Änderung vom Nutzungszweck "Wohnen" zum Nutzungszweck "Gewerbe / Verwaltung, Spezialeigenschaft Lager/Archiv/Depots" - B-Plan-Änderung in den Bebauungsleitlinien zu für diesen Standort unüblichen Größenordnungen, um die notwendige Grundstücks-Überbauung und Geschossigkeit zu erreichen, damit die notwendige Bruttogeschossfläche auf diesen Grundstücken entstehen können. Diese gesamten Anpassungen sind nicht zu erwarten!

Zeitliche Realisierung				<ul style="list-style-type: none"> - Verhandlungen zum Erwerb des Grundstücks der BIMA (Schiffbauversuchsanstalt) laufen derzeit - der Bebauungsplan "Zentraldepot Schiffbauversuchsanstalt" ist in der verbindlichen Bauleitplanung 2021-2022 mit Priorität 1 aufgenommen. - Beginn der Bauarbeiten sind für 2024 vorgesehen: - Stadtarchiv/ Zwischenarchiv/ SLB (2024-2026) - Potsdam Museum (2026 - 2028) - Naturkundemuseum (2028 - 2030) - Untere Denkmalschutzbehörde (2030 - 2032) 	<ul style="list-style-type: none"> - Aufgrund dessen, dass das zur Verfügung stellen von Depotflächen pflichtiger Aufgaben, der Erledigung von Depotflächen freiwilliger Aufgaben, prioritär zu behandeln ist, ist eine Realisierung eines Depots für das Potsdam Museum vor der Fertigstellung des geplanten Zentraldepot nicht absehbar. <p>Die für diesen Standort notwendigen Anpassungen müssen durch eine Änderung des bestehenden Bauleitplans "Türkstraße" erfolgen. Der Bauleitplan "Türkstraße" ist nicht in der aktuellen Bauleitplanung 2021/2022 enthalten. Es ist nicht anzunehmen, dass die städtischen Planungsbehörden diesen Änderungen zur Errichtung eines Depots an dieser Stelle folgen, diese Bauleitplanänderung in der/den nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanungen aufnehmen und auch noch auf Priorität 1 setzen. Vielmehr ist anzunehmen, dass mit dieser Forderung ein dauerhafter Aufschub des Vorhabens für das Potsdam Museum und die Untere Denkmalschutzbehörde entsteht.</p>
Vorteile		<ul style="list-style-type: none"> - wirtschaftlichste Variante - Für die Kreditaufnahme spricht auch die Erfüllung von pflichtigen Aufgaben - Im Wirtschaftsplan KIS sind bereits entsprechende Mittel vorgesehen 	<ul style="list-style-type: none"> - geringste Investitionskosten 	<ul style="list-style-type: none"> - Finanzierung in Teilabschnitten - Depot Tornowstraße kann aufgegeben werden und der Veräußerungsgewinn für die Finanzierung des Zentraldepots herangezogen werden - Für die Kreditaufnahme spricht auch die Erfüllung von pflichtigen Aufgaben - Gebäude erfüllt mehrere Funktionen, die alle nutzen können. (Im Falle einer Standorttrennung, könnten nicht alle Räumlichkeiten, die in einem Zentraldepot eingeplant sind (z.B. Digitalisierungsraum) an jedem Standort gebaut werden.) 	<ul style="list-style-type: none"> - örtliche Nähe zum Museum
Nachteile	<ul style="list-style-type: none"> - Dauerhaftes Zahlen einer Miete - Eigentum wäre nicht bei der LHP - Die LHP würde das Depot parktisch zwei mal abzahlen, einmal durch die Miete und einmal durch den Ankauf nach der Mietzeit 	<ul style="list-style-type: none"> - komplette Finanzierung erforderlich - Genehmigung der Kommunalaufsicht bei Kreditaufnahme erforderlich 	<ul style="list-style-type: none"> - hohe Miet- und Betriebskosten - Genehmigung der Kommunalaufsicht bei Kreditaufnahme erforderlich 	<ul style="list-style-type: none"> - Mehrkosten im Vergleich zur Variante 2 - Dies basiert darauf, dass mehrere und kleinere Bauabschnitte erforderlich sind, ein erhöhter Umzugsaufwand vorliegt und eine Fremdanmietung für das Potsdam Museum und Naturkundemuseum Potsdam erforderlich wären; - jedes Modul muss alle baulich notwendigen Funktionen erfüllen (z.B. Fluchtwege, Treppenhaus) 	<ul style="list-style-type: none"> - Das Grundstück steht seitens der EWP nicht zum Verkauf, da es als Ersatzfläche für Ver- und Entsorgung vorgehalten wird (s. Schreiben EWP vom 02.06.2020); - Das Grundstück (Flurstück 1678, Am Kanal 1; Grundstücksfläche: 930 m²) ist für den Bedarf des Potsdam Museums und der Denkmalschutzbehörde viel zu klein. Es müsste zusätzlich der Ankauf des angrenzenden Grundstückes (Flurstück 1206, Eigentümer E.DIS Netz GmbH; Grundstücksfläche: 2.800 m²) erfolgen; - Zudem müsste der bestehende B-Plan 27 "Türkstraße" geändert werden (Hier Änderung Wohngebiet in Gewerbegebiet; Schwierigkeit: Depotgebäude im historischen Kerngebiet Potsdams); - Die Wahrscheinlichkeit, dass ein im Zentrum der LHP zur Verfügung stehendes Grundstück für ein Depotbau genutzt wird, ist sehr gering. Vordergründig wäre die Schaffung von Wohnraum, dann Schulen dann Flächen für die Wirtschaft, dann Flächen für Pflichtaufgaben der Verwaltung, dann freiwillige Leistungen; - Die Kosten für zwei umzusetzende Depotstandorte würden höher liegen, als bei einer Zentraldepotlösung, wohingegen verschiedenste Synergien entstünden. Des Weiteren widerspräche eine zweite Depotlösung dem Projektziel (Synergien entwickeln, Flächenbedarfe verringern, gemeinsame Nutzungen ermöglichen) - Im Falle einer Standorttrennung, könnten nicht alle Räumlichkeiten, die in einem Zentraldepot eingeplant sind (z.B. Digitalisierungsraum, Quarantäne, Entwesungsraum, Multifunktionsraum etc.) an jedem Standort gebaut werden. Die Nutzbarkeit an einzelnen Standorten wäre für jede Organisationseinheit deutlich verringert.

Fazit:

Die Option eines gesonderten Depots für das Potsdam Museum wird seitens der Verwaltung als nicht sinnvoll erachtet.

Es stehen derzeit keine geeigneten Grundstücke, die eine geringere Entfernung als das derzeit favorisierte Grundstück der ehemaligen Schiffsbauversuchsanstalt an der Marquardter Chaussee vorweisen, für das gewünschte Vorhaben zur Verfügung. Bereits im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung im Jahr 2018 wurden mehrere Standorte für ein Depot geprüft. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass der Immobilienmarkt in Potsdam sehr angespannt ist. Zur Verfügung stehende Flächen in Gewerbe- und Mischgebieten, in denen ein Neubau eines Zentraldepots grundsätzlich möglich wäre, wären häufig als P20-Flächen (Gewerbliche Potentialflächen) gemäß Gewerbesicherungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam ausgewiesen. Demnach wäre eine Bebauung mit Gewerbeflächen prioritär.

Letztendlich kämen nur wenige Grundstücke in Frage und verschiedenste Voraussetzungen müssten gegeben sein. Zu beachten ist, dass ein Depotbau im Vergleich zu anderen in der Landeshauptstadt Potsdam bestehenden Bedarfen wie Wohnen, Schule oder Einzelhandel, nachrangig ist.

Der Bau eines zusätzlichen Depots wäre zudem mit erheblichen Mehrkosten verbunden. Des Weiteren wäre auch die Finanzierung gefährdet, da es sich hierbei ausschließlich um eine freiwillige Aufgabe handelt. Hinzu käme, dass der Bau eines gesonderten Depots für freiwillige Aufgaben, dem Bau eines Depots für pflichtige Aufgaben, nachstehen würde. Eine vorzeitige Umsetzung ist nicht realistisch.

Das zur Verfügung stehende Grundstück der BIMA für den Bau eines Zentraldepots bietet den Vorteil, dass der gesamte Bedarf an Depotflächen der Landeshauptstadt Potsdam dort errichtet werden kann. Zwischen Planungsbehörden und Nutzern besteht Einigkeit zu diesem Standort als Zentraldepot. Zudem kann der Kauf zu einem geförderten Preis erfolgen.

Das Grundstück am Kanal 1 in Potsdam, welches für einen separaten Depotbau für das Potsdam Museum und ggf. der unteren Denkmalschutzbehörde betrachtet werden soll, wäre nicht nur zu klein, sondern steht auch gar nicht zum Verkauf. Auch wäre eine bauliche Umsetzung im Zentrum der Stadt Potsdam auf Grund der zu beachtenden baulichen Vorschriften (Geschossflächenzahl, Bauleitzahl etc., Abstand zu benachbarten Bauten etc.) nicht umsetzbar. Zumal andere Bedarfe für Wohnraum, Schulen oder Wirtschaft prioritär betrachten werden müsste. Weitere Grundstücke, die im Zentrum gelegen sind, stehen für einen Depotbau nicht zur Verfügung.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

21/SVV/0346

öffentlich

Betreff:

Aufnahme von Emilie Winkelmann in den Straßennamenpool Potsdam

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis90/Die Grünen	Erstellungsdatum	16.03.2021
	Eingang 502:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.05.2021	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Name der Architektin Emilie Winkelmann wird in den Straßennamenpool der Landeshauptstadt Potsdam aufgenommen.

gez. Dr. Sigrid Müller, Stefan Wollenberg, Dr. Sarah Zalfen, Daniel Keller, Saskia Hüneke, Dr. Gert Zöller

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Emilie Winkelmann war 1907 die erste freiberufliche Architektin Deutschlands. Sie entwarf Villen, Gutshäuser, Industriegebäude, Wohn- und Bildungsstätten. In Potsdam hat sie sich um Bauten verdient gemacht, die sich an den Bedürfnissen von Frauen orientierten. Ihr couragiertes Wirken als Architektin in einer Zeit, in der Frauen in Deutschland nur begrenzte Berufsmöglichkeiten hatten (noch dazu im Bauwesen) und es ihnen in Preußen verboten war, zu studieren sowie ihr überliefertes architektonisches Werk in Potsdam sind ausreichende Gründe, eine Straße in Potsdam nach Emilie Winkelmann zu benennen.

Emilie Winkelmann (1875-1951) erwirbt ihr grundlegendes Wissen zunächst im Baugeschäft ihres Großvaters. In seinem Auftrag fertigt sie Zeichnungen für Neu- und Umbauten. 1902 arbeitet die 27-Jährige in verschiedenen Architekturbüros und erreicht beim Kultusminister die ausnahmsweise Aufnahme an der Technischen Hochschule Hannover. Sie beginnt hier ein Architekturstudium, obwohl Frauen der Zugang zu Hochschulen in Preußen noch verwehrt ist. Allerdings wird sie nicht zum Staatsexamen zugelassen. Sie geht nach Berlin, erringt 1907 den 1. Preis in einem Architekturwettbewerb und eröffnet als erste selbstständige Architektin Deutschlands ihr eigenes Büro. 1914 beschäftigt sie bereits 14 Angestellte, denn viele Auftraggeber:innen empfehlen sie weiter, auch weil sie überzeugende Lösungen für schwierige Grundstücke und Umbauten bietet.

Emilie Winkelmann steht in engem Kontakt zur deutschen Frauenbewegung und projiziert auch in deren Auftrag Bauten. So plant und entwirft sie bspw. für die Berliner „Genossenschaft für Frauenheimstätten“ 1913 ein Wohnhaus für alleinstehende Frauen im Ruhestand in der Heimdahlstraße (Hermann-Maaß-Straße 18-20) in Neubabelsberg. Der Bedarf ist vor allem für pensionierte Beamtinnen groß, denn Frauen im Staatsdienst dürfen nicht heiraten und wohnen häufig in Dienstwohnungen, die sie nach der Pensionierung aufgeben müssen. Das „Haus in der Sonne“ (benannt nach dem Wohnhaus und dem gleichnamigen Roman des schwedischen Malers Carl Larsson) verfügt über 14 eigenständige Wohnungen mit jeweils ein bis drei Zimmern, Küchenzeile, beheizbarer Loggia, Toilette und zum Teil eigenem Bad. Neben der technisch modernen Ausstattung mit Zentralheizung und elektrischer Beleuchtung steht ein Gemeinschaftsraum für gemeinsame Mahlzeiten und Treffen zur Verfügung. Das Haus gehört heute dem Bauverein Babelsberg eG.

Ebenfalls in Neubabelsberg baut Emilie Winkelmann 1908 das „Landhaus Zankapfel“ in der Augustastraße (Rosa-Luxemburg-Straße 13). Auftraggeberin ist die Offizierswitwe Jenny Grupe, die

hier mit ihren Töchtern, den Künstlerinnen Adele und Margot Grupe, einzieht. Die Architektin und die Schwestern Grupe kennen sich aus dem Lyceum-Club, der Teil der deutschen Frauenbewegung ist.

1928 wird Emilie Winkelmann in den Bund Deutscher Architekten aufgenommen. Nach 1933 erhält Emilie Winkelmann keine öffentlichen Aufträge mehr, da sie nicht parteipolitisch aktiv ist. Dem Aufruf von Reichsminister Albert Speer an alle Architekten und Bauingenieure, sich für die Dauer des Krieges in den Dienst der Rüstungsindustrie zu stellen, folgt sie nicht. In der Nachkriegszeit unterstützt sie in der Nähe von Bielefeld den Wiederaufbau und die Ansiedlung von Flüchtlingen.

Viele der von Emilie Winkelmann entworfenen Gebäude stehen heute unter Denkmalschutz, darunter das „Landhaus Zankapfel“. Bauten wie das „Haus in der Sonne“ sind herausragende Beispiele für sozioökonomisches Bauen. Eine Tafel des Projektes FrauenOrte im Land Brandenburg erinnert hier an die äußerst produktive Architektin Emilie Winkelmann.

Quellen:

FrauenOrte im Land Brandenburg

(http://www.frauenorte-brandenburg.de/index.php?article_id=99)

Kerstin Dörhöfer: Pionierinnen in der Architektur. Eine Baugeschichte der Moderne. Tübingen/Berlin 2004.

Genossenschaftsforum e.V. (Hg.): Weibliche Wege in Potsdamer Wohnungsgenossenschaften. Berlin 2011, S. 10/11.

Ein Frauenheim, in: Frauenillustrierte Nr. 2 (Januar) 1928, S. 12.

<https://www.potsdam.de/600-das-landhaus-zankapfel-fruehwerk-von-emilie-winkelmann-der-ersten-architektin-deutschlands> (6.3.2021).

<https://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam/Daheim-bei-drei-irdischen-Damen> (6.3.2021)



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

21/SVV/0450

öffentlich

Betreff:

Weiterentwicklung des Konzepts zur Erinnerungskultur

Einreicher: Fraktion CDU

Erstellungsdatum 13.04.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.05.2021	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Konzept zur Erinnerungskultur zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Dabei sind die im Konzept genannten Handlungsvorschläge der Landeshauptstadt Potsdam zur städtischen Erinnerungskultur aufzugreifen und weiter zu verfolgen sowie Vorschläge zu erarbeiten, wie die verschiedenen Gedenkorte in ihrem historischen Zusammenhang besser und allgemeinverständlich präsentiert und erklärt werden können.

Bis Ende Juli ist dazu zunächst ein Handlungskonzept für die Durchführung zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Entscheidung vorzustellen.

gez.

Fraktionsvorsitzender Götz Friederich

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Das Konzept für Erinnerungskultur wurde mit breiter öffentlicher und wissenschaftlicher Beteiligung erarbeitet. In den verschiedenen Handlungsfeldern wurde das weitere Vorgehen und Zielsetzungen formuliert, an die angeknüpft werden soll. Ggf. sind, wie es das Konzept vorsieht, weitere Ziele und Maßnahmen festzuschreiben und neue Handlungsvorschläge zu erarbeiten.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

21/SVV/0450

 öffentlich

Einreicher: Fraktion AfD

Betreff:

Weiterentwicklung des Konzepts zur Erinnerungskultur

Erstellungsdatum 04.05.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
05.05.2021	SVV		X

Änderungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Konzept zur Erinnerungskultur **zu evaluieren und** weiterzuentwickeln. Dabei sind die im Konzept genannten Handlungsvorschläge der Landeshauptstadt Potsdam zur städtischen Erinnerungskultur aufzugreifen, **und**-weiter zu verfolgen sowie Vorschläge zu erarbeiten, **wie unter anderem an bislang fehlende historische Aspekte erinnert werden kann sowie neue Erinnerungs- und Gedenkorte geschaffen werden können - insbesondere hinsichtlich der Erinnerung an die Frauen und Männer des Widerstands vom 20. Juli 1944. Die** verschiedenen Gedenkorte **sind** in ihrem historischen Zusammenhang besser und allgemeinverständlich zu präsentieren und zu erklären ~~werden können~~.

Bis Ende Juli ist dazu zunächst ein Handlungskonzept für die Durchführung zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Entscheidung vorzustellen.

Begründung:

Das Konzept für Erinnerungskultur wurde mit breiter öffentlicher und wissenschaftlicher Beteiligung erarbeitet. In den verschiedenen Handlungsfeldern wurde das weitere Vorgehen und Zielsetzungen formuliert, an die angeknüpft werden soll. ~~Ggf. sind, wie es das Konzept vorsieht, Es sind~~ weitere Ziele und Maßnahmen festzuschreiben und neue Handlungsvorschläge zu erarbeiten **wie unter anderem dahingehend an den Potsdamer Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime und dessen Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 besser erinnert werden kann.**

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

21/SVV/0411

öffentlich

Betreff:

Maßnahmen für eine bessere Sichtbarkeit antifaschistischen Gedenkens

Einreicher: Fraktionen DIE aNDERE, DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 07.04.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

05.05.2021

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Sichtbarkeit des antifaschistischen Gedenkens in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) zu fördern. Dazu sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Die Webseite der LHP soll um biographische Informationen zu den Potsdamer Bürger*innen ergänzt werden, die mit der Auszeichnung „Gerechte unter den Völkern“ geehrt wurden – ähnlich, wie über die jüdischen Mitbürger*innen im Kontext der Verlegung von Stolpersteinen informiert wird. Die Informationen sollen auch auf einer digitalen Karte abrufbar sein.
2. Antifaschistische Erinnerungs- und Gedenkorte im Potsdamer Stadtgebiet sollen auf einer digitalen Karte auf der Webseite der LHP vermerkt werden. Dazu soll es eine kurze Beschreibung der Lage und Geschichte des jeweiligen Gedenk- und Erinnerungsortes geben. Auch andere Möglichkeiten zur Information und Sichtbarmachung am jeweiligen authentischen Ort selbst sollen geprüft werden.
3. Die Landeshauptstadt Potsdam soll außerdem eine wissenschaftliche Untersuchung zum Todesmarsch beauftragen, der im Februar 1945 aus dem KZ Lieberose über das Potsdamer Stadtgebiet in das KZ Sachsenhausen führte. Zudem soll geprüft werden, wie die Route und wichtige Orte des Todesmarsches in geeigneter Weise ausgeschildert und sichtbar gemacht werden können.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Landeshauptstadt Potsdam hat in den letzten Jahren große Bemühungen unternommen, um eine antifaschistische Gedenkkultur in der Stadt zu fördern und die Zeit des Nationalsozialismus in diversen Geschichtsprojekten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Erinnert sei hierbei an die Neugestaltung des Willi-Frohwein-Platzes in Babelsberg, an die Geschichtsprojekte zu jüdischen Mitbürger*innen mit den Schulen im Kontext der Verlegung von Stolpersteinen oder an die jährlichen Gedenkveranstaltungen, z.B. zur Erinnerung an die Reichspogromnacht und zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass die antifaschistische Gedenkkultur in Potsdam fortgesetzt und weiterentwickelt wird. Mit neuen Forschungsergebnissen, mit neuen technologischen Möglichkeiten und mit neuen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wird es auch immer wieder neue Formen der Erinnerungen und einen neuen Umgang mit der Gedenkkultur geben.

Wir können nur aus der Vergangenheit lernen, wenn wir uns mit ihr auseinandersetzen. Die Erkenntnisse aus der Geschichte sind nicht irgendwann abgeschlossen. Gerade neue Generationen können sich durch die Beschäftigung mit authentischen Erinnerungsorten und geschichtlichen Ereignissen kritisch mit dem NS-Regime auseinandersetzen und aus der Geschichte lernen. Dahin zielt unser Antrag.

Wir wollen die Sichtbarkeit des antifaschistischen Gedenkens und die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Potsdam fördern. Sowohl auf der städtischen Webseite sowie an verschiedenen Orten im Stadtgebiet sollen Bürgerinnen und Touristen unter Einbeziehung neuer technologischer Hilfsmittel etwas über die Geschichte der Erinnerungsorte und handelnde Personen erfahren.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

21/SVV/0486

Betreff:

öffentlich

Zwischenbericht - Plattform zur Abstimmung von Veranstaltungsterminen in Potsdam

bezüglich

DS Nr.: 19/SVV/1089

Erstellungsdatum 20.04.2021

Eingang 502: 20.04.2021

Einreicher: GB 2 Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

05.05.2021 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Gemäß Beschluss 19/SVV/1089 „Plattform zur Abstimmung von Veranstaltungsterminen in Potsdam“ wurde der Oberbürgermeister beauftragt, zu prüfen, wie eine digitale Plattform zur Verfügung gestellt werden kann, die es den Kulturträgern in Potsdam ermöglicht, ihre Termine für wesentliche Termine bzw. spezifische Themenstellungen miteinander abzustimmen, bevor sie veröffentlicht werden.

Anlass war, dass es in der Vergangenheit zu mehreren Überschneidungen bzw. Dopplungen von größeren Veranstaltungen mit annähernd gleicher Zielgruppe in der Landeshauptstadt kam. Daraufhin wurde der Wunsch der Kulturszene und der Politik nach einer digitalen Abstimmungsplattform zur bestmöglichen Verhinderung von Terminüberschneidungen geäußert.

Eine Markterkundung ergab, dass verschiedene Open-Source-Lösungen angeboten werden, die über eine digitale Plattform die Abstimmung von Veranstaltungsterminen ermöglichen. Im Rahmen eines Vergabeverfahrens wurde eine cloudbasierte Lösung ermittelt, die die kulturfachlichen Belange in optimaler Weise abbildet. Eine solche Cloud würde das Speichern von (Veranstaltungs-)Daten auf einem Server und die Kommunikation in Gruppen ermöglichen. Dadurch könnten mehrere Nutzer*innen über eine Weboberfläche auf einen konsistenten Datenbestand zugreifen und miteinander in den Austausch gehen.

Zu dem Vorschlag eines cloudbasierten Tools erfolgte eine Abstimmung mit Vertreter*innen unterschiedlicher „Kultursparten“, in der notwendige Eckpunkte für den zukünftigen Aufbau einer solchen Plattform aus Sicht der Kulturakteur*innen festgehalten wurden.

In einem weiteren Schritt erfolgt nun die technisch-betriebliche und sicherheitsrelevante Prüfung der o.g. Lösung. Über das Prüfergebnis wird die Stadtverordnetenversammlung informiert.

